

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/197

13. Oktober 1976

Holger Börners neue Aufgaben

Hessens SPD einmütig hinter ihrem neuen Ministerpräsidenten

Von Armin Claus MdL  
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Hessen

Seite 1 und 2 / 39 Zeilen

Argumente sind doch besser als Propagandaphrasen

Konsequenzen aus den Wahlkampf-Erfahrungen des Jahres 1976

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB (Berlin)

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Ein europäischer Führerschein wäre von Vorteil

Das Konzept der gemeinsamen Verkehrspolitik muß schrittweise verwirklicht werden

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament und des Verkehrsausschusses im Bundestag

Seite 5 und 6 / 43 Zeilen

Ab 15. Oktober neue  
Rufnummer: 219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 83 37 - 38  
Telex: 08 55 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Holger Börners neue Aufgaben

Hessens SPD einmütig hinter ihrem neuen Ministerpräsidenten

Von Armin Claus MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Hessen

Mit der Wahl von Holger Börner zum hessischen Ministerpräsidenten hat die hessische sozialliberale Koalition bewiesen, daß sie voll funktionsfähig ist.

Holger Börner erwartet in seinem neuen Amt keine leichte Aufgabe, doch man kann sicher sein, daß er das Amt des hessischen Regierungschefs voll ausfüllen wird. Über die in jeder Regierung anstehenden Alltagsaufgaben hinaus wird es jedoch notwendig sein, daß aus der hessischen Staatskanzlei in Zukunft wieder Impulse ausgehen, die im ganzen Land und darüber hinaus Beachtung und Anerkennung finden.

Wir werden verstärkt deutlich zu machen haben, daß Hessen unter sozialdemokratischer Leitung nach wie vor eines der bestregierten Länder der Bundesrepublik ist, daß Hessens Wirtschaft nach wie vor an der Spitze steht, und daß auch das Leben in Hessen lebenswerter ist als in vielen anderen Bundesländern. Daran ändert auch keiner der politischen Gegner etwas, die die von allen Bürgern dieses Landes geschaffenen Leistungen madig machen wollen, um damit bei denen, die vielleicht nicht ganz genau hinhören, auf Stimmenfang zu

gehen. Weil dieser Versuch immer wieder unternommen wird, müssen in Zukunft verstärkt neue Wege gesucht werden, um sozialdemokratische Politik in Hessen den Bürgern zu verdeutlichen. Auch hier fällt dem neuen Regierungschef im Rahmen des sozialliberalen Bündnisses eine besondere Aufgabe zu.

Die hessische SPD muß darüber hinaus endlich einmal ernsthaft daran gehen, ihre eigene Struktur zu überdenken. Es müssen Konsequenzen aus der Tatsache gezogen werden, daß wir noch immer nicht so schlagkräftig organisiert sind, wie dies dringend erforderlich wäre. Und die SPD Hessens muß den Bürgern zeigen, daß sie im Gegensatz zu Dr. Dregger und den CDU-Konservativen Wege zur Lösung der Probleme aufzeigen kann. Daneben ist es erforderlich, Perspektiven zu bieten, die über den Tag hinaus weisen. Allerdings dürfen wir in der notwendigen Diskussion über Programme und Perspektiven nicht in den Fehler verfallen, allzu weit von der Kärnerarbeit der Tagespolitik zu diskutieren. Es wird notwendig sein, trotz der Diskussion um die Lösung zukünftiger Probleme nicht zu vergessen, daß der Wähler nur das honoriert, was er sieht und was er als Leistung anerkennen kann. Kurz, das Machbare im Auge zu behalten.

Holger Börner wird die ihm gestellte Aufgabe meistern. Wir alle werden ihn dabei unterstützen. Wir wünschen ihm für sein neues Amt alles Gute.

(-/13.10.1976/vd/pr/ee)

+ + +

Argumente sind doch besser als Propagandaphrasen  
-----  
Konsequenzen aus den Wahlkampf-Erfahrungen des Jahres 1976

Von Hellmuth Sieglerschmidt MdB (Berlin)

Nach einem häufig gebrauchten Wort hat der Wahlkampf für die Bundestagswahlen im Jahre 1980 bereits begonnen. Diese so oft auf Parteitage und anderen Veranstaltungen nach Wahlen benützte Redewendung ist - geben wir es zu - nicht mehr als eine billige Floskel. Nicht nur der Weg zur Hölle, sondern auch der Weg von einem Wahltag zum anderen ist mit guten Vorsätzen gepflastert, die meistens nicht verwirklicht werden. Wahlkämpfe vermitteln aber auch Einsichten, die sich - der erste Wahlkampf, an dem ich als Kandidat teilgenommen habe, liegt nun dreißig Jahre zurück - von Mal zu Mal festigen. Nach einem harten Wahlkampf drängt es mich, über eine solche Erfahrung zu berichten und dies unbeeinflusst von ihrem Ausgang niederzuschreiben.

Die Masse der Wähler ist besser als ihr Ruf bei vielen Wahlkampfstrategen. Die Wahlkampf-Waschmittelreklame beeinflusst die Wählerentscheidung nach meiner Einschätzung allenfalls am Rande. Sie dient dazu, die Nerven der jeweiligen Anhänger zu beruhigen und allgemein das Interesse an der Wahl zu wecken. Es erscheint durchaus denkbar, diese Zwecke ohne jenes Ritual mit angemesseneren Mitteln zu erreichen, die ich allerdings im Augenblick nicht nennen könnte.

Aber selbst, wenn es gelänge, solche Mittel ausfindig zu machen und einzusetzen, bleiben noch genug fragwürdige Einflüsse auf die Wählerentscheidung. Am Rande europäischer parlamentarischer Versammlungen wurde man in den vergangenen Monaten häufig danach gefragt, welcher Wahlausgang wohl zu erwarten sei. Die unter Hinweis auf demoskopische Umfragen gegebene Antwort stieß immer wieder auf Erstaunen. "Ihre Regierung hat doch die Bundesrepublik nahezu am besten durch die Weltwirtschaftskrise gebracht. Sie müßte doch folgerichtig einen noch größeren Vertrauensbeweis erhalten als 1972." Meine Antwort darauf lautete, die Wählerentscheidung sei zu häufig von überkommenen Vorurteilen und demagogischen Parolen beeinflusst.

Was kann man dagegen tun? Viele Mitglieder und Anhänger auch unserer Partei meinen, man müsse angesichts dieser Erfahrung dem politischen Gegner

mit gleicher Münze heimzahlen. In Gesprächen im Anschluß an Wahlversammlungen bin ich immer wieder auf Widerspruch oder stillschweigende Ablehnung gestoßen, wenn ich mich gegen diese Auffassung gewandt habe. Unwillkürlich fragt man sich dann: Haben sie nicht vielleicht doch recht, entfernst du dich nicht mit deiner gegenteiligen Ansicht von der rauhen politischen Wirklichkeit?

Doch auch die selbstkritische Überprüfung der eigenen Position führt zu keinem anderen Ergebnis. Ein "aufklärerischer" Wahlkampf, der mit Argumenten und nicht mit Schlagworten geführt wird, liegt nicht nur im Interesse einer Festigung der Demokratie in unserem Lande, er bietet auch die einzige Chance, eingefleischte Vorurteile zu überwinden, den Nebel einer unfairen Propaganda aus den Gehirnen zu blasen und immer mehr Menschen dauerhaft an uns zu binden. Selbst zeitweilige Rückschläge dürften nicht zu einer Änderung dieser grundsätzlichen Haltung führen. Nach diesem Gesetz ist unsere große und ruhmreiche Partei angetreten. Nur auf diesem Wege werden wir weitere nachhaltige Erfolge erringen.

Das bedeutet nicht, daß einem blutleeren Intellektualismus in der politischen Auseinandersetzung das Wort geredet werden soll. Dann letztlich geht es dabei im wesentlichen nicht um Mehrwertsteuer, Rentenformel oder Swing im Interzonenhandel, sondern um das Setzen von Prioritäten, das auf der Verwirklichung von Wertvorstellungen beruht, um die mit allen Kräften des Geistes, aber auch des Gefühls zu kämpfen sich lohnt. In diesem Wahlkampf ist viel - manchmal zu viel - von Freiheit geredet worden. Es geht darum, daß immer mehr Bürger unseres Landes frei werden zu selbstverantwortlicher Entscheidung über das, was ihnen als einzelne und in ihrer Gesamtheit nutzt, aber vor allem auch über die Grundwerte, nach denen unsere Gesellschaft gestaltet werden soll. Gehen wir also in diesem Geiste für die nächsten vier Jahre in der Bundesrepublik unverdrossen an die Arbeit!

(-/12.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Ein europäischer Führerschein wäre von Vorteil

Das Konzept der gemeinsamen Verkehrspolitik muß  
schrittweise verwirklicht werden

Von Horet Seefeld MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion im  
Europäischen Parlament und des Verkehrsausschusses im Bundestag

Zu den wichtigen Anliegen beim Ausbau der Europäischen Gemeinschaft gehört ohne Zweifel auch die Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrspolitik. Sie muß die Bedingungen für den Kraftverkehr in der ganzen Gemeinschaft vereinheitlichen und verbessern. Dazu gehören die erhöhte Verkehrssicherheit und der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen im grenzüberschreitenden Personen- und Güterkraftverkehr u.a. durch Rechtsharmonisierung in der Fahrerlaubnis. Ein einheitliches Verfahren bei der Erteilung der Führerscheine kann die gegenseitige Anerkennung der Fahrerlaubnis erleichtern und den freien Personenverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit im Verkehrssektor begünstigen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat vor einiger Zeit einen geänderten Richtlinienentwurf vorgelegt und damit früher geäußerten Bedenken des Europäischen Parlaments gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag Rechnung getragen. Dieser nicht ungewöhnliche Vorgang wirft übrigens auch ein interessantes Licht auf die Stellung des Europäischen Parlaments im institutionellen Gefüge der Europäischen Gemeinschaft.

Der geänderte Richtlinienentwurf soll die Einführung eines EG-Führerscheines, der in allen Mitgliedstaaten gilt, aufgrund einer fakultativen Regelung bewirken. Fünf Jahre nach der Verabschiedung der

Richtlinie durch den Rat sollen das Verfahren zur Erlangung dieses Führerscheines und die damit verbundenen Bedingungen festgelegt werden. Die bisherigen Inhaber entsprechender Fahrerlaubnisse nach nationalem Recht sollen diesen EG-Führerschein dann automatisch erwerben.

Der neue Richtlinienentwurf, der insbesondere das Führerscheinstempel, die Klasseneinteilung, das Mindestalter und sonstige Regelungen - wie den Führerscheinstempel - zum Inhalt hat, trägt zwar den bereits geäußerten Bedenken Rechnung, bedarf aber auch jetzt noch gewisser Änderungen. So muß die Fahrerlaubnispflicht auch für Kleinkrafträder und Fahrräder mit Hilfsmotor gelten. Die für die Fahrgastbeförderung vorgesehene Klasse D muß auch Taxen sowie Miet- und Krankenwagen umfassen, während für Invaliden keine besondere Führerscheinklasse geschaffen werden soll. Die für Baufahrzeuge vorgesehenen Regelungen sollten noch einer realistischen Prüfung unterzogen werden. Zu klären bleibt auch die Frage, ob bei der Entziehung der Fahrerlaubnis von Angehörigen anderer EG-Staaten die jeweilige Verwaltungsbehörde eines EG-Staates nach ihren nationalen gesetzlichen Regelungen verfahren soll.

Die Anhörungsverfahren in den Mitgliedstaaten sind inzwischen abgeschlossen. Das Europäische Parlament wird sich hoffentlich in seiner November-Sitzung mit dem Problem des EG-Führerscheins befassen. Dann sollte der Rat seine Beratungen vorantreiben, damit die Europäische Gemeinschaft in der bisher vernachlässigten Verkehrspolitik endlich einen Schritt vorankommt. (L/13.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller